

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Wochensatz für Berlin 7 M., 50 Pf. ohne Postenlohn, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 M., 50 Pf., Belgien 14 M., 50 Pf., Holland 7 M., 50 Pf., Schweiz 12 M., 40 Pf., Dänemark, Schweden u. Norwegen 9 M.

Für Frankreich, Belgien, England, Amerika usw. Kreuzband-Zustellung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Siegle & Co. Ltd., 129 Bedford Street E.C., und Cowie & Co. 19 Brechin Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kurszettel.

Konjon-Kalender.

Vollständige Dichtungslisten der Preuß.-Ridd. Klassenlotterie.

Allgemeine Feriungstabellen mit Festtagen-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Nebensachen.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf. Restzeile 1.20 M.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Telegramm-Adresse: Börsenfronc.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zustelle: In der Expedition.

Vom Tage.

In den Beratungen der Minister der Bundesstaaten fanden die Wehrvorlage und die Vorläufige zur Bedienung ihrer Kosten allgemeine Zustimmung.

Gestern abend ist ein identisches Communiqué der russischen und der Serbisch-Montenegrinischen Regierung über die Demobilisierung in den Grenzprovinzen bekannt gegeben worden.

Nach einer Meldung aus Sofia wird die Antwort der Verbündeten heute überreicht werden. In der bekannten Grenzlinie und der Forderung einer Kriegsschlichtung wird festgehalten.

Baron Jatho ist gestern abend im Evangelischen Krankenhaus in Lindenthal bei Köln gestorben.

Der Obligationenfälscher und Millionenbetrüger Wilmar wurde gestern in Reims verhaftet.

Die Rede Asquiths.

In der Montagabend des englischen Unterhauses hat der Premierminister Asquith in einer bemerkenswerten Rede sich mit größerer Ausführlichkeit, als dies seit langem geschehen ist, über die Balkanwirren und die durch sie geschaffene neue politische Gestaltung in Europa ausgesprochen. Herr Asquith gibt sich anscheinend einem an ihm sonst nicht gewohnten Optimismus hin. Er stellt sich, als ob die Beschlüsse der Vorkonferenz entscheidend für den weiteren Verlauf der Friedensverhandlungen wären und die Balkanstaaten einfach ihre Interessen zu geben hätten, obgleich er doch nicht vergessen haben kann, dass man bisher sowohl in Sofia, wie in Belgrad, von Cettinje wollen wir gar nicht sprechen, sich herzlich wenig um die Wünsche der Großmächte gekümmert hat. Aber gerade auf diesen Standpunkt muss man sich stellen, wenn man sich ein treffendes Urteil über die von dem englischen Minister gegebene Darstellung bilden will.

Herr Asquith meint, dass alle Schwierigkeiten beseitigt seien, nachdem die Vorkonferenz-Mission sich über die albanische Frage im allgemeinen verhandelt habe, namentlich über die wichtigsten Punkte, das adriatische Küstengebiet und die Schaffung eines wirtschaftlichen Zugangsweges für Serbien. Wir möchten wünschen, dass der Minister damit recht behalten wird, aber der ungewöhnliche Eifer, mit dem Serbien größere Truppenmassen von der adriatischen Küste vorwärts, unter dem Vorwande, seine Bundespflichten gegen das vor Sultani in arge Bedrängnis geratene Montenegro erfüllen zu müssen, gibt doch zu denken. Man erinnert sich, dass schon bei früheren Gelegenheiten von den Balkanverbündeten wiederholt der Grundsatze aufgestellt worden ist, dass einmal festgesetztes Gebiet nicht wieder geräumt werden könne. Daran kann auch nichts geändert werden durch das Entgegenkommen, das die Regierung in Belgrad neuerdings zeigt. Gewiss, die serbische Regierung zeigt den besten Willen, sich den guten Vorschlägen der Mächte zu unterwerfen, aber was wird die Armee dazu sagen, die ihren festen Entschluss zum Ausdruck gebracht hat, sich die erreichten Erfolge nicht durch die Diplomatie verkürzen zu lassen.

Gegenüber der Weisheit, mit der Asquith die albanische Frage behandelt, fällt die Kürze auf, mit der er über die Friedensverhandlungen selbst hinweggeht. Er hofft, dass die Balkanstaaten ebenso wie die Türkei, die Vermittlung der Mächte annehmen werden, aber bestimmt kann er dafür nicht antizipieren. Nun sollen allerdings Serbien und Bulgarien bereit sein, die Mediation anzunehmen, aber unter den bekannten Bedingungen, die einen Erfolg von vornherein ausschließen. Namentlich in Sofia spielt man

va banque. Man will die Entscheidung so lange hinauschieben, bis Adrianopel gefallen ist, um so mehr als durch die Kapitulation von Janina die Lage zugunsten der Griechen verschoben worden ist. Das bulgarische Selbstgefühl kann den Gedanken nicht ertragen, dass die eigenen militärischen Operationen im Sande verlaufen sollen, während die der Verbündeten noch zum Schlusse von einem ansehnlichen Erfolge gekrönt worden sind.

Der rumänisch-bulgarischen Streitfrage legen auch wir wenig Bedeutung bei. In Ankara hat man offenbar den günstigen Augenblick verpasst und wird jetzt froh sein müssen, wenn man mit kleinen Geschenken abgefunden wird.

Alles in allem hat der englische Minister viel Worte gefunden, um über die Inbalkanslosigkeit seiner Rede, wenigstens soweit sie die Lage am Balkan berührt, hinwegzutäuschen.

Trotz der tröstlichen Versicherungen Asquiths glauben wir nicht recht an die günstige Ausgestaltung der Situation am Balkan, aber die viel besprochene Rede eröffnet Ausichten, die wir für viel bedeutungsvoller halten. Die Balkanstaaten, namentlich deren treibende Kraft, Bulgarien, stehen am Ende ihrer Kräfte, vielleicht nicht militärisch, aber jedenfalls wirtschaftlich, das bemerkt gerade die Weisheit, mit der die Forderung einer Kriegsschlichtung vertreten wird. Hält sich Adrianopel länger, als man in Sofia erwartet, kann die Türkei den Krieg noch in die Länge ziehen, so muss ansehbar der Zeitpunkt kommen, mit dem die Leistungsfähigkeit der Balkanstaaten erschöpft ist, und dann werden die Mächte freies Spiel haben, wenn sie es einig sind. Und gerade darüber macht der englische Premier sehr beruhigende Zusicherungen.

Vielleicht noch wichtiger erscheinen uns seine Erklärungen über die Verpflichtungen Englands seinen Verbündeten gegenüber und dessen Verhältnis zu Deutschland. Während er auf der einen Seite jede Verpflichtung kategorisch zurückweist, die englische Landarmee zu kriegerischen Operationen auf dem Festlande zur Verfügung zu stellen, betont er in nicht misszuverstehender Weise die besseren Beziehungen zu Deutschland, das wachsende Vertrauen zwischen den beiden Staaten. Das ist von besonderer Wichtigkeit gerade zu einer Zeit, in der durch das allgemeine Vertrauen auf dem Festlande eine leider sehr gereizte Stimmung hervorgerufen worden ist, die notwendig Vornehmung hervorrufen muss. Der Eifer, für die neuen militärischen Anforderungen Propaganda zu machen, verteilt haben wie drüben zu Wahlosigkeiten, die wir nur bebauern können. Ein sehr markantes Beispiel hierfür liefert ein Artikel der „Edin. Ztg.“ der gerade seiner Lebertreibung wegen in Deutschland wenig Eindruck hervorgerufen hat, in Frankreich aber böses Blut werden kann. Die Erklärungen des englischen Premiers machen zur Beruhigung der erregten Gemüter beitragen.

—r.

London, 11. März. (C. T. C.) Die „Westminster Gazette“ berichtet zu der Erklärung, die gestern Premierminister Asquith auf die Anfrage Sirag Cecil's abgab, folgendes: Man kann anerkennen, dass wir unter irgend welchen Vertragsverpflichtungen stehen. Aber es handelt sich nicht um Vertragsverpflichtungen im schlichten Sinne; nach dem Gerichte, auf das Cecil anspielte, haben wir vielmehr diplomatische Versicherungen gegeben, die eine Ehrenschuld darstellen sollen. Die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht machten vielfach Gebrauch von diesem Gerichte, und dies hat uns im Auslande viel geschadet. Es war die höchste Zeit, dass die Regierung ein maßgebendes Wort sprach. Wir hoffen, dass die Erklärung des Premierministers den Konventionen ein Ende machen wird, die durch das Gerichte angesetzt wurden. Wir sind es dem eigenen Lande und den europäischen Nachbarn schuldig, zu sagen,

dass wir keine derartige geheime Diplomatie haben. Unsere Vertragsverpflichtungen sind aller Welt bekannt. Sie enthalten keine Verpflichtung über Garantien, dass wir unter Umständen für militärische Operationen auf dem europäischen Festlande zur Verfügung stellen. Wir sind keine Ehrenschuld eingegangen, die uns verpflichtet, unsere Wehrverfassung zu ändern. Unsere Politik und unsere Diplomatie beruhen wesentlich auf unserer Seemacht. Das beste Mittel, um uns selbst zu verteidigen und den Fremden in der Not beizustehen, ist, die Flotte in der höchsten Leistungsfähigkeit zu erhalten. Wir halten es für eine völlige Verkennung der Tatsachen, dass wir als Faktor in der europäischen Politik nicht beachtetwert sein sollten, weil wir nicht eine große Militärmacht in europäischem Sinne sind. Wir wünschen unsere Seemacht für den Frieden, nicht für den Krieg, zu gebrauchen, aber es liegt in unserem eigenen Interesse und in dem unserer europäischen Freunde, dass wir uns hierauf konzentrieren und nicht unsere Kräfte durch militärische Anstrengungen zerplittern, die im Vergleich mit den Anstrengungen der Militärmächte völlig unzureichend wären.

Vom Balkan.

Nach einer Meldung aus Sofia wird einberaumte Beschlüsse der Balkanstaaten über die Beantwortung des Vermittlungsanerbietens der Mächte bisher nicht zustande gekommen. In eingeweihten Kreisen betrachtet man es als wahrscheinlich, dass die Regierungen der verbündeten Staaten das Eingreifen einer Mediation im Sinne der Haager Konvention ablehnen und sich unter Ausbeugung ihrer Minimalforderungen bloß bereit erklären werden in eine unerbittliche Vermittlung, welche die Durchsetzung ihrer Forderungen zum Zwecke haben soll, einzuwilligen.

In Paris eingetroffene Stimmungsberichte aus den Hauptstädten der Balkanländer, die auf dem Ergebnisse vertraulicher Fühlungsnahme beruhen, lassen die Ausichten für die Eröffnung der Friedensverhandlungen weniger günstig erscheinen, als man beim Mediationsanerbieten der Mächte erwartet hatte. Durch die Einschränkungen, mit welchen die Balkanregierungen ihre Annahme des Vorschlags zu umgehen beabsichtigen, wird die Aktion der Mächte gleich an der Schwelle erschwert. Man hält es in Paris für ein mit Berücksichtigung anrichtigen Friedenssummas nicht übereinstimmendes Vorgehen, wenn die Balkanregierungen für die Annahme der Vermittlungen Vorbedingungen aufstellen zu sollen glauben. Es wird geltend gemacht, dass durch eine grundsätzliche Einwilligung die Kabinette die Möglichkeit für die Inangriffnahme einer anschließenden Tätigkeit schaffen würden, ohne damit ihren Entschlüssen über die Stellungnahme zu den damit zu entwerfenden Friedensbedingungen vorzugreifen. Es wird in Paris als wahrscheinlich angesehen, dass die Mächte, falls die Antworten der Balkanregierungen tatsächlich durch Vorbedingungen verkompliziert sein sollten, sich darüber einigen werden, ihnen das Fallentziffern solcher die ganze Friedenssation unterbindenden Vorbehalte nachdrücklich zu empfehlen. Die französische Diplomatie hegt die Hoffnung, dass die Bemühungen, in diese Aktion einen rascheren Zug zu bringen, nicht fruchtlos bleiben werden.

Nachrichten aus Konstantinopel zufolge soll in den Kreisen der Partei „Einheit und Fortschritt“ gegen den Großwesir Mahmud Scheifet Pascha wegen dessen Haltung in der Friedensfrage eine wachsende Verstimmung aufsteigen. Es wird angeführt, dass das leitende Komitee der Partei zur Erörterung der Frage zusammenzutreten werde, ob die politischen Interessen nicht den Eintritt des Großwesirs erfordern. Falls das Komitee zu einem Beschlusse in diesem Sinne kommen sollte, würde, wie verlautet, der ehemalige Großwesir Dast Pascha, der bekanntlich derzeit in London weil, als die geeignete Personlichkeit für die Hebung dieser Forderung erscheinen. Alle diese Mutmaßungen seien jedoch mit Vorbehalt aufzunehmen, da die angelegte Bewegung gegen Mahmud Scheifet Pascha bloß eine vorübergehende Wirkung der schwierigen Lage sein könnte, in welche das Komitee durch die unermüd-